

Niederschrift StUK/034/2019

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine
am 11.09.2019

Die heutige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied / Vorsitzender
----------------------	-----	-----------------------------

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Dominik Bems	SPD	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzender
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Nina Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Herr Robert Grawe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Stephan Huesmann	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Reinhard Hundrup	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger
Herr Stefan Kutheus	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Elke Rochus-Bolte	SPD	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzende
Herr Heinrich Winkelhaus	UWG	Sachkundiger Bürger
Herr Holger Wortmann	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Ludger Schnorrenberg		Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat
Herr Heinrich Thalmann	CDU	Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung

Vertreter:

Herr Alexander Burmeister	CDU	Vertretung für Herrn Horst Dewenter
Herr Kamal Kassem		Vertretung für Frau Natalia Ilenseer
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Vertretung für Herrn Norbert Kahle
Herr Fabian Lenz	CDU	Vertretung für Herrn José Azevedo
Frau Gabriele Leskow	SPD	Vertretung für Frau Bettina Völkening
Frau Birgitt Overesch	CDU	Vertretung für Herrn Jürgen Gude
Frau Ulrike Stockel	SPD	Vertretung für Herrn Kurt Wilmer

Verwaltung:

Frau Milena Schauer		Beigeordnete
Herr Dr. Jochen Vennekötter		Fachbereichsleiter FB 5
Herr Matthias van Wüllen		Leiter Stadtplanung
Frau Elisabeth Gooßens		PV Umwelt und Klimaschutz
Herr André Löckener		Rahmenplan Innenstadt
Herr Kai Hobbold		Mitarbeiter der Stadtplanung
Frau Anke Fischer		Schriftführerin
Frau Andrea Mischok		Stellv. Schriftführerin

Gäste:

Herr Dr. Peter Lüttmann	Bürgermeister
Herr Abel	Büro Yellow z
Herr Schröder	Büro Treibhaus
Herr Happel	Büro Reicher Haase
Herr Gudewehr	Büro Stadtguut

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Kahle	CDU	Ratsmitglied
Frau Bettina Völkening	SPD	Ratsmitglied
Herr Kurt Wilmer	SPD	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Natalia Ilenseer	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat
-----------------------	---

Herr Hachmann eröffnet die heutige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 33 über die öffentliche Sitzung am 26.06.2019

Zur Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Informationen der Verwaltung

2.1. Informationen der Verwaltung zur Stadtentwicklung

Es liegen keine öffentlichen Informationen vor.

2.1.1. Städtebaulicher Entwurf Damloup – Präsentation der Ergebnisse der Bürger- und Planungswerkstatt - mündlicher Bericht

Herr Hachmann begrüßt Herrn Abel vom Büro Yellow Z und Herrn Schröder vom Büro Treibhaus, die in einer Präsentation zwei mögliche Entwicklungen der Damloup Kaserne vorstellen.

Variante Centralpark



Variante Zettpark



Herr Doerenkamp bedankt sich für die gelungene Vorstellung und möchte wissen, ob Ideen für die energetischen Entwicklungen des Gebietes entwickelt wurden.

Herr Abel verneint dies. Es handele sich hier um städtebauliche und freiraumplanerische Konzepte, ohne Detailplanungen und die Prüfung fachplanerischer Fragestellungen.

Frau Schauer ergänzt, dass zunächst die städtebauliche Strukturentwicklung und Gliederung im Vordergrund stehe. Erst im weiteren Entwicklungsprozess sei es sinnvoll, die diesbezüglichen Möglichkeiten und Anforderungen genauer zu untersuchen.

Herr Bems begrüßt den Entwurf. Ihm sei wichtig, dass in diesem Quartier der Klimaschutz stärker beachtet werde als dies bei der Entwicklung der Eschendorfer Aue der Fall gewesen sei und dass das Wohnen auch bezahlbar bleibe.

Herr Hundrup möchte wissen, wieviel Quadratmeter eine Wohneinheit im Schnitt habe.

Herr Abel antwortet, dass man für die Ermittlung der Wohneinheiten einen Durchschnittswert von 100 Quadratmetern je Wohnung zugrunde gelegt habe.

Herr Burmeister möchte wissen, warum Quartiersgaragen und nicht z. B. Tiefgaragen geplant wurden.

Herr Abel erklärt, dass Quartiersgaragen in ihrer Nutzbarkeit flexibler seien und zusätzliche Angebote enthielten, die über das reine Parken hinausgehen. Sollten diese einmal nicht mehr im heutigen Umfang benötigt werden, könnten sie anders genutzt oder zurückgebaut werden.

Frau Schauer ergänzt, dass Tiefgaragen sehr teuer in der Herstellung seien. Da Tiefgaragen nicht ohne weiteres in der Tiefe hergestellt werden können, die bei den Quartiersgaragen als Hochbau möglich sei, würde eine Änderung dem Grundsatzkonzept widersprechen, den Verkehr so zu lenken und zu gliedern, dass weite Teile des Gebietes verkehrsfrei bzw. verkehrsarm ge-

halten werden können. Die Quartiersgaragen ermöglichen eine teilzentrierte, aber dennoch wohnungsnah Aufnahme des ruhenden Verkehrs jeweils in den Eingangsbereichen des Gesamtquartiers.

2.2. Informationen der Verwaltung zu Umwelt und Klimaschutz

2.2.1. Flyer zu Stein-, Kies- und Schottergärten

Frau Gooßens stellt einen Flyer zum Thema Stein-, Kies- und Schottergärten vor. Dieser soll, zukünftig den Baugenehmigungen beigelegt werden. Zusätzlich werde der Flyer mit dem Abfallkalender Ende des Jahres an alle Haushalte verteilt. Mit diesem Flyer werden den Hauseigentümern Informationen zugänglich gemacht, die es ihnen ermöglichen, ihre Vorgärten zukunftsfähig und ansprechend zu gestalten. Dadurch werde ein Beschluss des Ausschusses aus der Mai-Sitzung umgesetzt.

2.2.2. Klimagipfel 2019

Frau Gooßens berichtet vom diesjährigen Klimagipfel, der in Rheine in der Stadthalle stattgefunden habe. Mehr als 200 Teilnehmer aus den verschiedenen Masterplangemeinden haben an dem Gipfel teilgenommen. Im Anschluss an die dort gehaltenen Vorträge wurde in Gruppen diskutiert.

2.2.3. Klimaschutz durch Radverkehr

Frau Gooßens informiert, dass die Abteilung Umwelt und Klimaschutz am 22.09.2019 mit einem Stand am TAT zum Rheiner Herbst vertreten sei. Neben der Ehrung der Stadtradel-Sieger durch den Bürgermeister, wird über das Thema Radverkehr informiert. Insbesondere das Projekt KonRad werde näher beworben.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Wichmann

Herr Wichmann erklärt zu TOP 5, dass sich die Anwohner dort über eine Entwicklung des City Club Hotels freuen. Allerdings wünschen Sie sich dort eine sachgerechte Entwicklung. Die jetzt geplante Bebauung scheint der Lage an der Ems nicht gerecht zu werden. Im Verfahren habe er den Eindruck gewonnen, dass es einen Verlust der demokratischen Kultur gegeben habe. Daher fragt er nach, ob es nicht möglich sei, den Tagesordnungspunkt nochmal zu verschieben.

Frau Pott

Frau Pott erkundigt sich nach dem Sachstand zum Kunstrasenplatz am Delsen. Ihrer Meinung nach sei die Lage dort nicht gut gewählt. Zum einen läge er zu nah am Naturschutzgebiet, zum anderen müsse der Rasen dann auch intensiv gepflegt werden, da dort viele Bäume und Sträucher vorhanden sind. Im Sommer müsse der Rasen bei Hitze bewässert werden, ansonsten sei dieser nicht bespielbar. Ferner sei Sie der Meinung, dass der Kunstrasensportplatz am Jahn-Station ausreiche.

Frau Schauer antwortet, der Platz befinde sich derzeit im Baugenehmigungsverfahren. Im Rahmen der Beteiligung würden auch die diesbezüglichen Fach- und Detailfragen geklärt.

Frau Pott möchte weiter wissen, ob der Platz mit Gummigranulat befüllt werden soll.

Herr Dr. Lüttmann antwortet als zuständiger Verwaltungsvorstand für den Bereich Sport, dass die sportfachlichen Themen im Sportausschuss demokratisch entschieden worden seien. Der FCE werden den Kunstrasenplatz mit Kork befüllen. Dass der Kunstrasen bewässert werden müsse, sei unbestritten, aber im Vergleich zu natürlichem Rasen in wesentlich geringerem Umfang. Die Pflege des Rasens läge in den Händen des Vereines.

Frau Pott fragt weiter zum Thema private Silvesterfeuerwerke, ob die Stadt Rheine hier schon über eine „Böllerfreie Zone“ in der Innenstadt nachgedacht habe.

Herr Hachmann antwortete, dass im Ausschuss darüber noch nicht nachgedacht wurde, in den Fraktionen dies aber schon Thema gewesen sei.

Frau Schauer ergänzt, dass es sich hier um eine ordnungsbehördliche Fragestellung handele, die dort geprüft werden müsse.

4. Eingaben

Es liegen keine Eingaben vor.

- 5. 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 208,
Kennwort: "Bürgerzentrum", der Stadt Rheine**
- I. Abwägungsbeschluss**
 - II. Beschluss über die Abwägungsempfehlung
des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz**
 - III. Änderungsbeschluss gemäß §4 a Abs. 3 BauG**
 - IV. Satzungsbeschluss nebst Begründung**
- Vorlage: 116/19/1**

Frau Schauer erklärt einleitend, dass die Ergebnisse der Verschattungsanalyse der Anwohner in die Abwägung eingearbeitet wurde, da diese leicht von abweichend waren. Grundlegende neue Sachverhalte haben sich allerdings nicht ergeben.

Herr Doerenkamp weist darauf hin, dass er in einer der vergangenen Sitzungen die Erstellung eines Massemodells angeregt habe. Dies läge nicht vor, so dass seine Fraktion auf Bilder und persönlichen Einschätzungen zurückgreifen musste. Es sei nicht einfach gewesen, aber er könne dem Beschluss so folgen.

Herr Bems bemängelt, dass der Investor dem Wunsch der Politik nach einem Massemodell nicht nachgekommen sei. Ein solches Modell wäre für die Entscheidung nützlich gewesen. Die SPD-Fraktion sei der Meinung dass die Geschosshöhe zu hoch sei, und auch die Ansicht zur Ems Seite nicht ansprechend ausgearbeitet wurde. Daher werden sie den Beschluss heute ablehnen.

Herr Grawe erklärt, dass er nicht grundsätzlich gegen eine Hotelverlängerung sei. Er bemängelt die Massivität des Gebäudes und werde daher ebenfalls nicht zustimmen.

Herr Winkelhaus schließt sich den Vorrednern an. Auf Grund der Massivität werde er nicht zustimmen.

Diesen Aussagen folgt auch Herr Jansen. Er wird dem Beschluss nicht zustimmen.

Beschluss:

I. Abwägungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine die Abwägung aus den Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange entsprechend den beigefügten Abwägungsvorschlägen (siehe Anlage 1).

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Beschlüsse des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB sowie 13 Abs. 2 Nrn. 1, 2 und 3 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese (siehe Anlage 1). Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

III. Änderungsbeschluss gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB

Gemäß § 4 a Abs. 3 Satz 4 BauGB wird festgestellt, dass

- a) durch die Aufnahme einer textlichen Festsetzung mit dem Inhalt, dass das vierte Geschoss an der Ostseite (Gebäude Humboldtplatz 6) mindestens 3,00 m von den Außenwänden des darunterliegenden Geschosses zurückbleiben muss, die Grundzüge der Planung nicht berührt werden,
- b) die Aufnahme der textlichen Festsetzung den Anregungen der betroffenen Öffentlichkeit aus der Offenlage entspricht und der betroffene Grundstückseigentümer der Änderung zugestimmt hat,
sowie
- c) die Interessen anderweitiger Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durch diese Änderung nicht berührt werden.

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die unter Punkt a) beschriebene Änderung des Entwurfes der Bebauungsplanänderung nach den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB.

IV. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß des § 1 Abs. 8 i. V. m. § 2 Abs. 1 und des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung wird die 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 208, Kennwort: "Bürgerzentrum", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich
 10 Ja- Stimmen
 9 Nein-Stimmen

**6. Umstellung des European Energy Award (eea) auf den European Climate Award (eca)
Vorlage: 278/19**

Die Verwaltung verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

- 1) Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz stimmt der Aktualisierung des Energiepolitischen Arbeitsprogramms zu und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Umsetzung.
- 2) Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz stimmt zu, dass der European Energy Award eea, nach Abschluss der aktuellen Förderphase, nicht fortgeführt wird.
- 3) Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz stimmt der Teilnahme am European Climate Adaption Award eca zu und beauftragt die Stadtverwaltung mit der Antragsstellung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Masterplan Grün - Beschluss der Grünkonzeption
Vorlage: 312/19**

Herr Doerenkamp bedankt sich für die Vorlage und hebt besonders hervor, dass nicht nur die Kosten sondern auch die Folgekosten benannt wurden. Er regt an, zukünftig mehr auf Grünstrukturen bei den Bauvorhaben zu achten. Als positives Beispiel benennt er die Vorstellung des städtebaulichen Entwurfes der Damloup Kaserne. Bei den Bauvorhaben des Wohnungsvereines müsse mehr auf Dachbegrünung geachtet werden. Weiter regt er an bei der Entwicklung der Sozialen Stadt Schotthock, welcher als unterversorgter Grünbereich gelte, stark auf eine Grünentwicklung zu achten.

Herr Bems regt an, dem Beispiel aus Utrecht zu folgen und Bushaltestellen zu begrünen. Weiter regt er in Richtung politischerer Mitstreiter an, Überlegungen anzustellen, den politischen Beschluss Grünpflege zu kürzen zurück zu nehmen. Damit könnte die TBR wieder mehr Grün in der Innenstadt pflegen.

Herr Grawe lobt die Bürgerbeteiligung in dem Verfahren, wünscht sich aber mehr Engagement bei der Pflege des Straßenbegleitgrüns.

Herr Jansen regt an, die Fläche vor dem Arbeitsamt mit zu betrachten und dort mehr Grün zu integrieren.

Frau Schauer antwortet, dass dies keine städtische Fläche sei, daher müsse geprüft werden, ob dort etwas gemacht werden kann.

Herr Huesmann möchte wissen, ob mit diesem Beschluss auch alle Einzelmaßnahmen beschlossen werden.

Frau Schauer stellt klar, dass es sich bei diesem Beschluss um eine Leitlinie handelt. Die Einzelmaßnahmen, die im nächsten Schritt geplant werden, werde die Verwaltung erneut im Ausschuss vorstellen und zum Beschluss vorlegen.

Herr Hachmann schlägt vor, zur Klarstellung den Beschluss zu ergänzen.

Geänderter Beschluss:

I. Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

Der Ausschuss nimmt die Präsentation des Büros Reicher Haase zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine den Masterplan Grün als Grundlage und Leitlinie für künftige Entscheidungen der Stadtentwicklung heranzuziehen sowie die benannten Maßnahmen umzusetzen. Die einzelnen Maßnahmen werden nach Ausarbeitung den zuständigen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Baumneupflanzungen an der Dutumer Straße und Dörenther Straße
Vorlage: 299/19**

Frau Gooßens erklärt zur Vorlage, dass es insbesondere im Stadtteil Dorenkamp hinsichtlich Grün unterversorgte Bereiche gebe, die nun auf Grundlage des Ratsbeschlusses zur Vorlage 230/19 „Ein Euro pro Einwohner mehr für Baumpflanzungen in Rheine“ aufgewertet werden sollen. Dazu gehört der Bereich der Dutumer Straße und der Dörenther Straße. Der hier in der Vergangenheit vorhandene Baumbestand musste krankheitsbedingt gefällt werden und wurde bisher nicht ersetzt. Dies soll nun mit den o. g. Mitteln, nachgeholt werden.

Herr Hundrup möchte wissen, warum gefällte Bäume in der Stadt nicht immer 1 zu 1 ersetzt werden.

Herr Dr. Vennekötter antwortet, dass dies in der Vergangenheit nicht immer geschehen sei, aber heute und zukünftig passiere.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz stimmt der Neuanpflanzung von 30 Straßenbäumen an der Dutumer Straße, im Abschnitt von der Lindenstraße bis zur Schumannstraße zu und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Umsetzung.
2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz stimmt der Neuanpflanzung von 10 Straßenbäumen an der Dörenther Straße, im Abschnitt zwischen der Laakestraße und der Siedlerstraße zu und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Umsetzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Umsetzung Rahmenplan Innenstadt -Maßnahme A 6 - Entwicklungsstudie Umfeld Bernburgplatz (5941-006) - Prüfungsergebnis der Entwicklungsoptionen
Vorlage: 304/19**

Herr Gudewer vom Büro Stadtgut erläutert die neue Variante anhand einer Präsentation.

Fraktionsübergreifend werde der neuen Variante zugestimmt.

Herr van Wüllen weist darauf hin, dass die im Zusammenhang mit den Varianten ermittelten Kosten eine Schätzung sind, die aufgrund der vorliegenden Planungstiefe nicht abschließend und umfassend sein können, aber im Verhältnis zueinander ein gutes Bild der jeweiligen Anforderungen zeigen. Für belastbare Kosten i. S. einer Kostenberechnung ist die Erstellung einer Entwurfsplanung für den Freiraum erforderlich. Dies wäre bei positivem Beschluss auch der nächste Verfahrensschritt. Einzubinden in diese Planung ist eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in einer Werkstatt. Zudem werde in jedem Fall der Bebauungsplan zu ändern sein.

Herr Winkelhaus weist auf den Zugang zur Ems hin. Seiner Meinung nach sei dieser sehr schön, aber zu steil für Radfahrer. Da bei dieser Variante 20 Bäume gefällt werden müssten, werde er dem Beschluss nicht zustimmen.

Herr Gudewer erklärt, dass die Menge der wegfallenden Bäume im weiteren Planungsverfahren zu prüfen und zu verhandeln sei. Auch die weitere Ausgestaltung der Wegeführung in diesem Bereich sei Sache der Freiraumplanung und Bürgerbeteiligung. Hier seien Anpassungen möglich, sofern sie auch technisch umsetzbar sind.

Frau Schauer ergänzt, dass auch bei der Variante „Im Park“ 14 Bäume gefällt werden müssten. Eine barrierefreie Erschließung diene nicht nur den Radfahrern, sondern auch Kinderwagen, Rollstuhlfahrern usw.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt- und Klimaschutz nimmt den Abschlussbericht der Machbarkeitsstudie zu den Entwicklungsoptionen Umfeld Bernburgplatz des Büros Stadtgut zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Bauausschuss, zu beschließen, dass das Konzept „Bernburgpark“ Grundlage der weiteren Entwicklung und Bearbeitung wird.
3. Der Bauausschuss beschließt gemäß den Empfehlungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt- und Klimaschutz, dass das Konzept „Bernburgpark“ Grundlage der weiteren Entwicklung und Bearbeitung wird.
4. Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, auf der Basis des Konzepts „Bernburgpark“ die erforderlichen Schritte zur planungsrechtlichen Absicherung vorzubereiten und eine Entwurfsplanung für den Bereich der Frei- und Grünflächen zu erstellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich
 18 Ja-Stimmen
 1 Nein-Stimme

**10. Begegnungszentrum Dorenkamp
Umsetzung des 2. Bauabschnittes
Vorlage: 302/19**

Frau Schauer führt in die Vorlage ein und erklärt, dass nach Rücksprache mit der Bezirksregierung der eingereichte Antrag nicht förderfähig gewesen sei. Wenn die Stadt Rheine aber noch zum Zug kommen möchte, sollte der Entwurf überarbeitet und deutlich Kostenreduziert für 2020 erneut eingereicht werden.

Daraufhin habe die Verwaltung mit den zukünftigen Nutzern gesprochen und in einem gemeinsamen Prozess verschiedene Dinge, wie die 2. WC Anlage gestrichen, die Bühne verkleinert und Nebenräume gestrichen. Auf Grund der guten Zusammenarbeit konnte der jetzige Entwurf auf unter 2 Mio. Euro gebracht werden. Im Vorgespräch war die Bezirksregierung mit dem Ergebnis zufrieden und der Förderantrag gestellt werden. Eine Zusage gebe es jedoch noch nicht, denn die Städtebauförderung bei der Bezirksregierung sei überlaufen.

Herr Doerenkamp erklärt, dass die CDU Fraktion nach wie vor zum Begegnungszentrum stehe, natürlich immer noch im Kopf mit dem Siegerentwurf des Büros Burhoff und Burhoff. Das nun ein Förderantrag mit einem gekürzten integrierten Bauabschnitt gestellt werden muss ist nicht schön, aber der 3. Bauabschnitt werde nicht vergessen. Wenn die Räumlichkeiten für den Tanzsportclub nicht ausreichend seien werden, werde die CDU Fraktion einen Antrag für den 3. Bauabschnitt stellen. Herr Doerenkmap führt weiter aus, dass ihm das Thema Umwelt und Klimaschutz noch fehle und daher stelle er folgenden Antrag:

Die CDU Fraktion beantragt, bis zur Ratssitzung soll die Verwaltung die Möglichkeiten einer Dachbegrünung und Photovoltaik auf dem Begegnungszentrum prüfen, und im Rat vor dem Beschluss vorlegen.

Herr Bems schließt sich dem Antrag der CDU Fraktion an und erklärt, dass die Verwaltung dies als überfraktionellen Antrag betrachten könne.

Er führt weiter aus, dass auch er die Notwendigkeit des 3. Bauabschnittes sehe, denn der Tanzsportclub müsse den benötigten Raum bekommen.

Frau Schauer begrüßt den Antrag von CDU und SPD. Eine Fassadenbegrünung sei unproblematisch, eine Dachbegrünung sehe sie eher kritisch, da diese teuer sei. Hier müsse mit 30 – 40 Euro pro Quadratmeter gerechnet werden. Die Möglichkeit einer Photovoltaik werde die Verwaltung prüfen, allerdings die Wirtschaftlichkeit einer solchen Anlage müssen die Stadtwerke beurteilen. Bis zum Rat werde die Verwaltung die entsprechenden Prüfungen vornehmen.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz stimmt unter Vorbehalt der Zustimmung des Sozialausschusses dem neuen Entwurf für den zweiten Bauabschnitt des Begegnungszentrums Mitte 51 zu und empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine die Verwaltung zu beauftragen einen Antrag für den zweiten Bauabschnitt des Begegnungszentrums Mitte 51 zum Förderprogramm „Soziale Stadt“ zu stellen.
2. Der Sozialausschuss stimmt dem neuen Entwurf für den zweiten Bauabschnitt des Begegnungszentrums Mitte 51 zu und empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine die Verwaltung zu beauftragen einen Antrag für den zweiten Bauabschnitt des Begegnungszentrums Mitte 51 zum Förderprogramm „Soziale Stadt“ zu stellen.
3. Der Rat der Stadt Rheine beschließt den neuen Entwurf zum 2. Bauabschnitt des Begegnungszentrums Mitte 51 und beauftragt die Verwaltung:

1. einen Antrag für den zweiten Bauabschnitt des Begegnungszentrums Mitte 51 zum Förderprogramm „Soziale Stadt“ zu stellen und
2. bei positiven Förderbescheid mit der Umsetzung des 2. Bauabschnittes.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Gestaltung des 1. Bauabschnittes der neuen "Dorfmitte Mesum" als Ortskern mit multifunktionalen Möglichkeiten
Vorlage: 313/19**

Herr van Wüllen führt in die Vorlage ein und erklärt, dass die Pläne ausführlich im Stadtteilbeirat Mesum vorgestellt und besprochen wurden. Bisher werde die Dorfmitte sehr vom Autoverkehr geprägt und sei für andere Qualitäten nur bedingt nutzbar. Daher sollen multifunktionale Flächen geschaffen werden, die zwar den Autoverkehr im notwendigen Umfang einbinden, aber eine gleichberechtigte Teilhabe aller an den Flächen ermöglichen. Die Entwurfsplanung wurde auch bereits mit dem Fördergeber besprochen, der signalisiert habe, dass eine Förderung vorstellbar sei (Fördersatz 65%). Neben einer verkehrlichen Fassung sollen Aufenthalts- und Nutzungsräume geschaffen werden, inmitten des Raumes soll ein Trinkbrunnen entstehen, der gestalterisch das Bild einer Meise einbindet. Der Name Mesum basiere auf Wort „Meisenheim“. Anliegerbeiträge werden bei dieser Umgestaltung nicht erhoben. Zudem habe die Verwaltung einen Nutzungsvertrag mit dem Eigentümer der angrenzenden Pizzeria ausgehandelt, damit die Flächen in diesem Bereich mit überplant werden können.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz nimmt die Entwurfsplanung zur Kenntnis und beschließt auf Grundlage der Entwurfsplanung für das Bauvorhaben „Dorfmitte Mesum, 1. Bauabschnitt“ die Stellung eines Antrages für Fördermittel aus dem Landesförderprogramm „Dorferneuerung 2020“ beim Fördergeber Bezirksregierung Münster, Dezernat 33, Ländliche Entwicklung / Bodenordnung. Er beauftragt die Verwaltung den Förderantrag für die Umgestaltung zum 30. September 2019 zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Neubau einer Sportstätte des TV Mesum 1950 e. V. - Standortwahl und Planungskonzeption
Vorlage: 303/19**

Herr van Wüllen führt in die Vorlage ein und erläutert hierzu, dass der Standort am Hassenbrockweg ideal für den Neubau sei, da er allen Anforderungen gerecht werde. Neben der neuen Sportstätte haben dort auch zukünftig die Kirmes und das Festzelt platz. Im Zuge der Umsetzung der Planung müssten allerdings ca. 7 Bäume und Sträucher gefällt werden. Hierfür werde es eine Ersatzpflanzung an anderer Stelle geben.

Herr Hachmann fasst für die interessierten Bürgerinnen und Bürger kurz den Zeitplan zusammen:

- nach dem Beschluss im StUK folgt der Beschluss im HFA am 12.11.2019
- anschließend wird ein Städtebaulicher Vertrag zwischen Stadt und TV Mesum geschlossen

- Baugenehmigungsverfahren einleiten
- Planungen

Frau Schauer macht deutlich, dass in diesem Verfahren viele Arbeiten beim Verein liegen und nicht so sehr bei der Stadtverwaltung. Daher liege der Bauvortschritt entscheidend beim Verein.

Herr Doerenkamp bedankt sich beim TV Mesum für die gelungene Einbindung der Ortsteile Elte und Hauenhorst. Er möchte wissen, welche Arbeiten und Kosten auf die Stadt zukommen. Werde es Zuschüsse geben.

Frau Schauer erklärt, dass der Verein grundsätzlich alle Kosten und Aufwendungen tragen müsse. In wie weit es Zuschüsse z. B. aus der Sportförderung geben könne, müsse der Sportausschuss entscheiden. Im StUK können nur die städtebaulich relevanten Fragen geklärt werden.

Herr Doerenkamp möchte weiter wissen, ob es möglich sei die versiegelte Fläche zwischen dem Hallenbad und dem Sportplatz zu überplanen, ohne dass dies dem Standort Kirmes schade.

Frau Schauer verneint dies. Im direkten Umfeld werde eine Entsiegelung stattfinden und es soll eine Dachbegrünung realisiert werden. Eine großflächige Entsiegelung sei aber aufgrund der Nutzungsansprüche schwierig.

Herr Grawe regt an, die Ersatzpflanzungen im nahen Umfeld vorzunehmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt- und Klimaschutz nimmt die Planungskonzeption des Turnvereins Mesum 1950 e. V. zum Neubau einer Sportstätte am Standort Hassenbrockweg zur Kenntnis.

Er beschließt – unter dem Vorbehalt, dass der Haupt- und Finanzausschuss einen Beschluss zum Abschluss eines Pachtvertrages über die Flächen fasst -, dass die Planungskonzeption Grundlage der weiteren Entwicklung des Vorhabens am Standort Hassenbrockweg wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 13. Bebauungsplan Nr. 339**
Kennwort: "Eschendorfer Aue - Teilabschnitt West", der Stadt Rheine
- I. **Abwägungsbeschluss**
 - II. **Beschluss über die Abwägungsempfehlung
des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz**
 - III. **Änderungsbeschluss gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB**
 - IV. **Satzungsbeschluss nebst Begründung**
- Vorlage: 314/19**

Herr van Wüllen führt in die Vorlage ein und erklärt, dass der Änderungsbeschluss aufgrund redaktioneller und kleinerer Änderungen erforderlich wurde. Zudem wurde noch der – redaktionelle - Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen, dass es im Gebiet aufgrund des ca. 2 km Luftlinie entfernt liegenden Verkehrsflugplatzes Eschendorf bei „Platzrunden“ im Einzelfall zu wahrnehmbaren Fluggeräuschen kommen kann.

Herr Bems möchte - sobald der Ostteil des Gebietes vollständig bebaut ist - von der Verwaltung eine Rückmeldung bekommen, in welchem Umfang Photovoltaik-Anlagen installiert wurden. Er bittet dann auch um einen Abgleich, wieviel es hätten sein können, wenn die Installation von

Photovoltaik-Anlagen verpflichtend im Bebauungsplan festgeschrieben worden wäre. Auch für den Westteil hätte er dann gerne eine entsprechende Rückmeldung.

Direkt hierzu habe sich Herr Doerenkamp informiert, in welchem Umfang in der Eschendorfer Aue auf regenerative Energien gesetzt wurde. Die Stadtwerke haben mitgeteilt, dass die Anzahl der Anträge auf einen Gasanschluss „erschreckend“ rückläufig sei.

Herr Bems zeigt sich hierüber erfreut, dennoch bestehe er auf einen Bericht der Verwaltung zu seiner Anfrage.

Herr Jansen möchte wissen, warum nur 9 Bäume an der Aloysiusstraße mit Erhaltungsgebot eingezeichnet seien. Die Allee sollte doch erhalten bleiben. Er fragt, warum das so sei und wieviel Bäume nun gefällt werden sollen. Laut der Begründung sei bei den zweigeteilten Straßenabschnitten eine Straßenbreite von je 3,75 m vorgesehen. LKW müssen dort hinter den Radfahrern bleiben. Nach seiner Recherche werden jedoch die deutschen Autos immer breiter. Der Durchschnitt liege derzeit bei 1,80 Meter. Rechnet man noch den Sicherheitsabstand dazu, blieben für einen Radfahrer nur 55 cm, so dass auch Pkw dieser Größenordnung hinter den Radfahren bleiben müssten.

Frau Schauer antwortet, dass die Zweiteilung der Straße den Erhalt von Bäumen ermögliche. Durch das erforderliche Verschwenken der Straße in diesem Bereich müssen jedoch 2 – 3 Bäume gefällt werden. Der Alle-Charakter werde aber erhalten. Sie erläutert weiter, dass 3,75 m Breite für ein langsames, angemessenes Vorbeifahren von PKW an Radfahrern unter Berücksichtigung des Sicherheitsabstandes hinreichend seien.

Herr Bems bittet die Verwaltung, sich das Thema Tempo 30-Zone nochmal genau anzuschauen. Nach Meinung der SPD Mitglieder sollte der Hauptverkehrsweg über die Surenburgstraße und die Elter Straße geführt werden und nicht über die Aloyisusstraße, insbesondere da es sich dort um einen neuen Siedlungsbereich handele, in dessen Bereich sich viele Kinder aufhalten werden.

Herr Doerenkamp informiert, dass die CDU-Fraktion auf Grund des erhöhten Bedarfes an Tempo 30-Zonen den Antrag gestellt habe, den Verkehrsentwicklungsplan zu überarbeiten. Es soll festgestellt werden, wo die Hauptverkehrsachsen liegen und welche Straßen sich für Tempo 30-Zonen eignen. Erst dann könne bewertet werden, ob die Aloyisusstraße Tempo 30-Zone werde und für LKW gesperrt.

Herr Jansen weist noch einmal auf seine Frage nach den Baumfällungen hin und möchte bezüglich des Radweges wissen, ob dessen konkrete Ausgestaltung hier beschlossen werde oder ob die weitere Planung dann noch im Bauausschuss erörtert werde.

Frau Schauer erklärt, dass die meisten Bäume stehen bleiben können. Nur bei den Verschwenkungen müssen vereinzelt Bäume fallen. Wieviel Bäume das seien werden, kann sie aktuell noch nicht sagen, das hängt von der weiteren Detailplanung ab. Sie führt weiter aus, dass über die Straßen und die genauen Herstellungsmerkmale der Straßen, Bordsteine und Radwege der Bauausschuss berate und beschließe.

Beschluss:

I. Abwägungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine die Abwägung aus den Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behör-

den und sonstigen Träger öffentlicher Belange entsprechend den beigefügten Abwägungsvorschlägen (siehe Anlage 1).

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Beschlüsse des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB (siehe Anlage 2: Vorlage Nr. 039/18), gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB (siehe Anlage 3: Vorlage Nr. 165/19) sowie gemäß § 4a Abs. 3 BauGB (siehe Anlage 1) billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

III. Änderungsbeschluss gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB

Gemäß § 4 a Abs. 3 Satz 4 BauGB wird festgestellt, dass

- a) durch die 2 bei Abbrucharbeiten gefälltten und ausgeglichenen Bäume, die minimale Vergrößerung des Kreisverkehrs und den klarstellenden Hinweis zum Anschluss- und Benutzungszwang die Grundzüge der Planung nicht berührt werden,
- b) die Öffentlichkeit durch diese marginalen Korrekturen nicht unmittelbar betroffen ist
- c) sowie die Interessen anderweitiger Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange durch diese Änderungen nicht berührt sind.

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die unter Punkt a) beschriebenen Änderungen des Entwurfes des Bebauungsplanes nach den Beteiligungen gemäß § 4a Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB.

IV. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß des § 2 Abs. 1 und des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung wird der Bebauungsplan Nr. 339, Kennwort: "Eschendorfer Aue – Teilabschnitt West", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. **2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 292**
Kennwort: "Kolon-Eggert-Straße/Laugärten", der Stadt Rheine
I. **Abwägungsbeschluss**
II. **Beschluss über die Abwägungsempfehlung**
des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz
III. **Satzungsbeschluss nebst Begründung**
Vorlage: 300/19

Frau Overesch regt an, die Zuwegung für den Bauverkehr über die Straße Laugärten auf ein Minimum zu begrenzen, da dies der Hauptverkehrsweg zur Grundschule sei.

Herr Huesmann erklärt, dass er die Zufahrt über die Straße Laugärten grundsätzlich kritisch bewerte.

Frau Schauer führt aus, dass das Erschließungssystem durch den bereits verlegten Kanal bereits feststehe und daher auch in Sachen Zufahrt nur wenig Spielraum für Anpassungen gegeben sei. Es werden ca. 12 Einfamilienhäuser entstehen, so dass nicht von einer nennenswerten Verkehrszunahme auszugehen sei.

Beschluss:

I. Abwägungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine die Abwägung aus den Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange entsprechend den beigefügten Abwägungsvorschlägen (siehe Anlage 1).

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Beschlüsse des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese (siehe Anlage 1). Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungs-(Feststellungs-)beschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

III. Satzungs(Feststellungs)beschluss nebst Begründung

Gemäß des § 1 Abs. 8 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 1 und des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der zum Zeitpunkt des Satzungs-(Feststellungs-)beschlusses geltenden Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), in der zum Zeitpunkt des Satzungs-(Feststellungs-)beschlusses geltenden Fassung wird die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 292, Kennwort: "Kolon-Eggert-Straße/Laugärten", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. **14. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 13c,
Kennwort: "Birkenallee", der Stadt Rheine
I. Änderungsbeschluss
II. Offenlegungsbeschluss
Vorlage: 292/19**

Die Verwaltung verweist auf die Vorlage

Beschluss:

I. Änderungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt gemäß § 1 Abs. 8 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 13c, Kennwort: "Birkenallee", der Stadt Rheine im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB zu ändern.

Mit der Erfüllung der Voraussetzungen gemäß § 13 a Abs. 1 Sätze 4 und 5 BauGB wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB sowie von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB abgesehen.

Der räumliche Änderungsbereich wird gebildet durch die Flurstücke 990 und 991. Die Flurstückbezeichnungen beziehen sich auf die Flur 155, der Gemarkung Rheine-Stadt.

II. Offenlegungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt, dass gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 und § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB der Entwurf der 14. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 13c, Kennwort: "Birkenallee", der Stadt Rheine nebst beigefügter Begründung öffentlich auszulegen ist.

Im Rahmen dieser Auslegung kann sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten und sich zur Planung äußern. Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen abgegeben werden, wobei nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. **6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 190,
Kennwort: "Engernstraße - Teil B", der Stadt Rheine
I. Abwägungsbeschluss
II. Beschluss über die Abwägungsempfehlung
 des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz
III. Satzungsbeschluss nebst Begründung
Vorlage: 295/19**

Die Verwaltung verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

I. Abwägungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine die Abwägung aus den Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange entsprechend den beigefügten Abwägungsvorschlägen (siehe Anlage 1).

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Beschlüsse des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz zu den Beteiligungen gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese (siehe Anlage 1). Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

III. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß des § 1 Abs. 8 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 1 und des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung wird die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 190, Kennwort: "Engernstraße – Teil B", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

17. **Bebauungsplan Nr. 273,
Kennwort: "Wadelheimer Chaussee-Ost", der Stadt Rheine**
- I. **Abwägungsbeschluss**
 - II. **Beschluss über die Abwägungsempfehlung
des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz**
 - III. **Satzungsbeschluss nebst Begründung**
- Vorlage: 294/19

Die Verwaltung verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

I. Abwägungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine die Abwägung aus den Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange entsprechend den beigefügten Abwägungsvorschlägen (siehe Anlage 1).

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Beschlüsse des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz zu den Beteiligungen gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese (siehe Anlage 1). Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

III. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gem. des § 2 Abs.1 und des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung wird der Bebauungsplan Nr. 273, Kennwort: „Wadelheimer Chaussee-Ost“, der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

18. Anfragen und Anregungen

Anfragen von Herrn Bems

Herr Bems erkundigt sich, was aus dem Antrag der SPD zu einem Hundewald oder Hundewiese geworden sei. Er fragt, ob es möglich sei, im Bereich der Damloup Kaserne oder im Bereich Bentlage einen solchen einzurichten.

Herr Bems möchte weiter wissen, was mit der alten Polizeistation an der Gartenstraße geplant sei. Er weist darauf hin, dass vor dem Gebäude Parkplätze mit einem Halteverbot versehen seien. Da die Polizei dort nicht mehr ansässig sei, regt er an die Plätze für die Allgemeinheit frei zu geben.

Anfrage von Herrn Grawe

Herr Grawe möchte wissen, ob es eine Liste über die geleisteten Ersatzpflanzungen gebe.

Frau Schauer sagt zu, diese Fragen an die TBR weiter zu leiten.

Anfrage Herr Huesmann

Herr Huesmann bittet um einen Sachstand zum EEC. Er fragt, ob es bereits eine Lösung für den Tierpräparator gebe.

Frau Schauer erklärt, dass eine Lösung in Sicht sei, diese aber noch nicht umgesetzt werden konnte. Die Verwaltung sei auch für weitere Vorschläge zur Umsiedlung dankbar.

Herr Kutheus möchte wissen, was mit den Flächen passiere, wenn das Haus zur Verfügung stehe.

Frau Schauer erklärt, dass die Verwaltung mit der Familie Büscher im Gespräch sei. Diese wollen das Konzept von Herrn Büscher nochmals überdenken.

Anfrage von Herrn Kutheus

Herr Kutheus weist darauf hin, dass an den Fahrradständern am Busbahnhof Schilder angebracht seien, auf denen auf die Demontage der Fahrradständer zur anstehenden Veranstaltung am 13.09. hingewiesen werde.

Die Fahrradständer wurden im Rahmen des Straßenfestes kurzfristig gesperrt.

Ende der öffentlichen Teil: 20:20 Uhr

Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Andree Hachmann
Ausschussvorsitzender

Anke Fischer
Schriftführerin